



ANETTE KRAMME



Mitglied des Deutschen Bundestages



Informationen der Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Bayreuth Anette Kramme, MdB

Der ROTE FADEN

Ausgabe III/2008

Oberfranken gerechter machen Deutliche Worte beim Unterbezirksparteitag

Oberfranken ist und bleibt das Stiefkind der bayerischen Staatsregierung, jedenfalls so lange die CSU an der Macht ist, lautet das Credo des Referats von Dr. Thomas Beyer, Landtagsabgeordneter und stellvertretender Landesvorsitzender der bayerischen Sozialdemokraten.

Bayer sprach beim Unterbezirksparteitag der SPD Bayreuth-Stadt und -Land. Oberfranken nehme nicht im gleichen Maß an der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage teil wie andere Regionen Bayerns. Das Süd-Nord-Gefälle sei besonders bei den Arbeitsmarktstatistiken deutlich.

In Oberfranken sei die Arbeitslosigkeit rund doppelt so hoch wie im Münchner Raum. Wer wie CSU-Politiker angesichts über ganz Bayern gemittelter Durchschnittszahlen von Vollbeschäftigung spreche, der täusche die Menschen im strukturschwachen Nordostbayern. „Beckstein, der Franke, hat Oberfranken vergessen“, sagte Beyer unter Beifall.

Auch im Fall der Millionen aus dem Transrapidprogramm werde Oberfranken nur mit Brosamen abgespeist. Die Versäumnisse und die einseitige Bevorzugung der Ballungsräume und des südlichen Bayerns versuchte Beyer noch an mehreren anderen Beispielen deutlich zu machen, etwa beim Thema Bildung und Schulen. Nach einer von der CSU gewonnenen Landtagswahl im Herbst werde es „eine Welle von Schulschließungen bei kleinen Hauptschulen“ geben, prophezeite er.

Die Bildungspolitik sei einer der Schwerpunkte der SPD, bekräftigte der Bayreuther Landtagsabgeordnete Dr. Christoph Rabenstein unter Zustimmung der Unterbezirksvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Anette Kramme. „Die Schulen gehören ins Dorf.“ Er rief die Parteimitglieder auf, in den kommenden Wochen Mut und Verantwortungsbereitschaft zu zeigen: „Jede Opposition im parlamentarischen System muss zum Ziel haben, Regierungsverantwortung zu übernehmen.“

INHALT

Susanne Kastner diskutiert	Seite 2
Bundestagsvizepräsidentin in Schule	Seite 3
Gemeindebesuch in Creußen	Seite 4
Ortsbesuch in Seidwitz	Seite 5
Danckert in Bischofsgrün	Seite 6
Besuch bei Doping spezialist	Seite 7
Tourismus im Fichtelgebirge	Seite 8
Gemeindebesuch Mistelgau	Seite 9
Wasserwerfer zurück nach Bayreuth	Seite 10
SPD-Tour in die Hauptstadt	Seite 11
SPD sieht Polizei auf die Finger	Seite 12
Jugend und Parlament in Berlin	Seite 13
Jugendpresstetag der SPD	Seite 14
Erhalt Bahnübergang in Bindlach	Seite 15
Lesenacht zum Gedenken in Pegnitz	Seite 16
SPD INTERN	Seite 17-20
Reden im Bundestag	Seite 21
Pressemitteilungen	Seite 22-30
Termine	Seite 31-32

Nordbayerische Nachrichten vom 26. Juli 2008

Susanne Kastner: Von früh bis spät auf Achse Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags stellte sich den Fragen von Schülern in Pegnitz



In Berlin drohte Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner (SPD) einer maulfaulen Schulklasse schon mal mit den Worten: „Wir können uns eine Dreiviertelstunde auch nur anstarren.“ In der Dr.-Dittrich-Schule in Pegnitz musste die Politikerin nicht lange um Fragen bitten.

Die Schüler der siebten und achten Klasse wollten alles Mögliche wissen. Vor der Fragerunde, der auch Schulleiter Reinhard Ullmann beiwohnte, testete die studierte Religionspädagogin das Wissen der Schüler, die sich unter den Klassenlehrern Christoph Abel und Manuela Blume auf den Besuch vorbereitet hatten.

„Was passiert im Bundestag? und „was ist ein Fraktionsvorsitzender?“ fragte Susanne Kastner (61), die von der Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme begleitet wurde.

einmal Stille. „Los, traut euch, das ist wurscht, wenn es falsch ist“, forderte die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages die Schüler zur Teilnahme auf. „Steuern“, rief einer, womit er sofort ein Lob von Anette Kramme einheimste:

„Klasse.“ Die in Karlstadt am Main geborene Susanne Kastner informierte noch, dass sie den Wahlkreis Bad Kissingen (Unterfranken) im Bundestag vertritt, ehe die Schüler ihre Fragen stellen durften. „Wie viel Freizeit haben Sie?“ Sie habe nur wenig Freizeit, erwiderte die Politikerin, denn sie müsse außer der politischen Arbeit noch zahlreiche Besuche bei Festen, Firmen oder Vereinen bewältigen.

Hinzu kämen Diskussionen und Gespräche beispielsweise mit Vertretern der Kirchen und Gewerkschaften. „Ich muss mir meine Freizeit fest einplanen.“ „Kennen Sie Angela Merkel persönlich? Schönen Gruß von

Dass in Berlin CDU, SPD und CSU regieren, wussten die Schüler. „Los, traut euch!“ Auf die Frage, was für Gesetze die Große Koalition macht, herrschte erst

mir“, sagte einer der Schüler vorwitzig, worauf ein Klassenkamerad bemerkte, die Kanzlerin würde der Gruß nicht interessieren. Das wollte Susanne Kastner so nicht stehen lassen: „Angela Merkel freut sich über Grüße von euch.“ „Welche Gesetze benötigt Deutschland am dringendsten?“ fragte einer. Nach Meinung von Susanne Kastner sind es die Energiefragen, die gelöst werden müssen, denn „die Menschen haben Angst, dass sie Benzin und Heizöl nicht mehr bezahlen können“. Es gelte Alternativen zum Öl zu finden. „Was sind regenerative Energien?“ Die Antworten kamen wie aus der Pistole geschossen: „Wind, Sonne, Wasserkraft.“

Das Thema Rauchen wurde ebenfalls angesprochen. Susanne Kastner sagte, die Behandlung der Lungenkrebspatienten fresse die Tabaksteuer auf. „Wer von euch raucht schon?“ „Wie viel verdienen Sie im Jahr?“ lautete die nächste Frage. 7100 Euro seien steuerpflichtig, 3500 Euro betrage die steuerfreie Aufwandsentschädigung, die für Wohnung, Büros und Auto verwendet werde. Ob sie oft verreisen müsse, interessierte einen der Schüler. Als Vizepräsidentin des Bundestags besuche sie im Ausland andere Parlamente, um sich zu informieren und Erfahrungen auszutauschen.

Nordbayerischer Kurier vom 26. Juli 2008

Politik im Klassenzimmer**Bundestagsvizepräsidentin diskutierte mit Schülern in Gefrees**

„Wir diskutieren in Berlin weiter“, mit diesen Worten verabschiedete sich lachend Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner (SPD) von den ausgewählten knapp 40 Gefreeser Haupt- und Realschülern.

Offen hatten die Siebt- bis Neuntklässler mit dem Gast diskutiert, den die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme an die Jacob-Ellrod-Realschule mitgebracht hatte. Für die Rektoren der Realschule und der benachbarten einzügigen Hauptschule war der Besuch Anlass, ihre erfolgreiche Zusammenarbeit zu präsentieren und somit insgeheim die Werbetrommel für den Schulstandort Gefrees zu rühren.

„Weiter so, ihr seid eine ganz fitte Truppe“, lauteten die anerkennenden Abschiedsworte

Gabriel.

Mit Fragen wie „Kennen Sie Frau Angela Merkel persönlich?“, „Wie gehen Sie mit der Öffentlichkeit um?“ „Was macht eine Regierungsvizepräsidentin außerhalb der Sitzung?“, „Warum gibt es keine Steuersenkung bei den Spritpreisen?“, „Was ist der zweite Bildungsweg?“, „Was tut die Regierung gegen Nazis?“.

„Warum wird der Hauptschulabschluss nicht besser anerkannt?“ bis hin zu „Sind Sie für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems?“ wurde spontan gelächert, gebohrt und nachgefragt.

Der sich bürgernah gebende Gast fand sichtlich Freude an der intensiven Diskussion,

von Kramme an die Schüler. Die freilich setzten sich in diesem Fall aus den politisch Interessierteren zusammen, danach waren sie von ihren Lehrern im Vorfeld ausgewählt worden, verriet Realschulrektor Dr. Manfred

überzog für die jungen Leute die Zeit für den offiziellen Termin im Rathaus mit Eintrag ins Goldene Buch.

Mit einigen der Schüler soll die Unterhaltung in Berlin fortgesetzt werden, denn je eine Haupt- und eine Realschulklasse bekommen eine Einladung in die Hauptstadt.

Wie die möglichst gerecht ausgewählt werden könnte, das erzählt der von dem Angebot der Gäste überraschte Realschuldirektor. „Vielleicht die Klasse mit dem besten Notendurchschnitt oder die, die ihr Klassenzimmer am saubersten hinterlässt.“



Eigenbericht vom 18. Juli 2008

Anette Kramme besucht Firmen in Creußen Zinchromet GmbH und Schreinerei Biersack stehen auf gesunden Füßen



Seit gut zweieinhalb Jahren hat sich die Firma Zinchromet GmbH auf dem Gelände der ehemaligen Suspa angesiedelt. In dieser Zeit haben die beiden Geschäftsführer Bernhard Kohlmann und Wolfgang Dahms einen stattlichen Betrieb mit 28 Beschäftigten aufgebaut.

„Der Markt ist da, wir haben gute Kunden wie Baier und Köppel aus Pegnitz oder Meusel aus Waischenfeld“, erklärte Kohlmann der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme bei ihrem Besuch in Creußen.

Hart ins Gericht ging Kohlmann mit den Banken. „Dort wirst du nur belächelt. Geld für

Unternehmer gibt es keins. Investitionen in neue Maschinen können so nicht getätigt werden, lukrative Aufträge müssen zum Teil deswegen abgelehnt werden.“ Das ging sogar so weit, dass ein Kunde eine Maschine bezahlte, nur um seine Ware bei Zinchromet qualitativ hochwertig gefertigt zu wissen. „Sämtliche Investitionen wurden aus Eigenmitteln gestemmt, hier steckt kein Cent Fördergeld drin“, beschwert sich Kohlmann. Dabei bietet das Unternehmen eine breite Palette von Oberflächenveredelungen an, ist mit einzelnen Dienstleistungen und Veredelungslösungen nahezu einzigartig in der Region.

Wolfgang Dahms kündigte sogar ein eigenes Produkt an, das die beiden Unternehmer auf den Markt bringen wollen. „Details sind aber geheim, wir erhoffen uns sehr viel davon“, so Dahms. Der Umsatz des Unternehmens stieg seit Gründung kontinuierlich an. Für das Geschäftsjahr 2008 ist ein Umsatz von 1,3 Millionen Euro angepeilt. „Dafür arbeiten wir auch sieben Tage die Woche, ohne Pause“, erklärte Kohlmann. Probleme sehen die beiden Unternehmer für die Zukunft nur eins; gutes und zuverlässiges Personal zu finden. „Wir werden künftig auch selbst ausbilden“, stellte Dahms in Aussicht.

Nach Zinchromet führte Anette Kramme der Weg zur Schreinerei Biersack, die sich unter anderem auf die Restaurierung antiker Fenster spezialisiert hat. Juniorchef Christian Biersack präsentierte einige seiner Arbeiten, Anette Kramme war begeistert. „Da steckt viel Fachwissen drin“.

Christian Biersack bat Anette Kramme darum, sich für eine Senkung der Lohnnebenkosten einzusetzen. „Wir müssen konkurrenzfähig bleiben und das geht nur über die Preise.“

Die hohen Lohnnebenkosten sind mit dafür verantwortlich, dass meine Mitarbeiter nicht das bekommen, was sie eigentlich verdienen.“ Demnächst wird die Schreinerei noch einen weiteren Schreinermeister anstellen. „Dann werden wir auch vermehrt qualitativ hochwertige, aber bezahlbare Möbel herstellen“, so Biersack.

Eigenbericht vom 18. Juli 2008

Werner Wolf stinkts gewaltig
Anette Kramme besucht „Opfer“ der Dorferneuerung in Seidwitz

Jeder Starkregen lässt bei Werner Braun in Seidwitz die Wassermassen aus den Gullys im Hof quellen. Die Fluten ergießen sich in sein Grundstück, seit im letzten Jahr mit der Dorferneuerung die Ortsdurchfahrt ausgebaut wurde.

So war es auch wieder am 7. Juni. Innerhalb weniger Minuten trat der Bach über die Ufer und braune Fluten schossen über die Straße hinab. Ein unhaltbarer Zustand, meint Braun, dessen Keller und Garagen sich in ein Bachbett verwandeln.

Um seine Problematik vor Ort zu sehen, waren die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme und Creußener Stadträte der SPD gekommen. Werner

Braun hat bereits einen Anwalt eingeschalten, um sein Recht durchzusetzen. Er erhebt schwere Vorwürfe gegen Bürgermeister Mild. „Mein Anwalt hat bereits mehrere Schreiben an die Stadt geschickt, doch bisher blieben alle unbeantwortet. So kann es nicht weitergehen, schimpft er.

Vor der Dorferneuerung hätte es zwar auch schon Hochwasser gegeben, aber diese Auswirkungen seien neu. „Hier muss etwas bei Planung oder Bau falsch gelaufen sein, anders ist das nicht zu erklären“, so Wolf. Die sah auch Anette Kramme so: „Es gibt mit Sicherheit hier einen Verursacher für diese Probleme der zur Rechenschaft gezogen werden muss.

So kann es für sie ja nicht weitergehen, dieser Zustand ist unhaltbar“. SPD-Stadtrat Reimund Nols versprach, an diesem Problem dranzubleiben. „Wir lassen nicht locker. Der Bürgermeister ist hier in der Pflicht, für Abhilfe zu sorgen. Wir werden ihn dazu auffordern“.

Nordbayerischer Kurier vom 17. Juli 2008

Ochsenkopf will das Etikett „Bundesleistungszentrum“ SPD-Sportpolitiker besuchten Bischofsgrüner Schanze



Zurück zu vergangenen Erfolgen im Wintersport, dieses Ziel will die Region Ochsenkopf in den kommenden Jahren erreichen. Um dies zu verwirklichen, würden die Verantwortlichen die Region lieber heute als morgen als Bundesleistungszentrum für den Nachwuchs im nordischen Wintersport anerkannt wissen.

Doch es gibt zahlreiche Hürden, die diesem Prädikat im Wege stehen. Zum einen fehlen finanzielle Mittel zum Aus- und Neubau von Skisprungschanzen oder anderen für die Nachwuchsausbildung erforderlicher Maßnahmen.

Zum anderen ist die Anzahl an Bundesleistungszentren begrenzt, so dass der Ochsenkopf eine andere Region verdrängen müsste. Um für die Region an höherer Stelle Fürsprache zu halten und die Vorzüge der Region Ochsenkopf darzulegen, lud die SPD-Bezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Anette Kramme den Vorsitzenden des Sportausschusses im Deutschen Bundestag, Dr. Peter Danckert, nach Bischofsgrün ein. Dies nahmen die Bürgermeister Stephan Unglaub, José Ricardo Castro Riemenschneider und Andreas Voit zum Anlass, ihre Wünsche und Visionen für die Region Ochsenkopf zum Ausdruck zu bringen.

„Für uns wäre es schon ein großer Fortschritt, wenn die Anzahl der Bundesleistungszentren von jetzt 12 vielleicht erweitert wird, damit wir eine Chance bekommen, als solches anerkannt zu werden und die Talente in Nordbayern optimal zu fördern“, so Stephan Unglaub. Als Bundesleistungszentrum könnte die Region dann auch von Fördermitteln des Bundes profitieren. Erste Schritte hin zu alten Erfolgen waren der Bau der 69-Meter-Schanze in Bischofsgrün, der Neubau einer kleineren Übungsschanze oder die Rollerbahn in Fichtelberg.

Um jedoch ihr Konzept von der „Region der kurzen Wege“ mit Trainingsmöglichkeiten verteilt auf die umliegenden Gemeinden zu verwirklichen, fehle es an Geld, dass die Gemeinden selbst nicht aufbringen könnten, erläuterte Unglaub. Eine Möglichkeit, dass Geld in die Region fließen könnte, wäre das von der SPD vorgeschlagene Präventionsgesetz. Dies liegt derzeit jedoch auf Eis, weil die Union die darin festgeschriebenen Aufgaben aus Krankenkassen-beitragszahlungen nicht will.

Danckert sagte zu auszuloten, was für die Region Ochsenkopf möglich ist. Er gab den Verantwortlichen jedoch auch auf, ihr Konzept so zu erweitern, dass für die Entscheidungsträger ersichtlich ist, was die Gemeinden in der Lage sind selbst zu leisten. „Damit haben sie eine bessere Verhandlungsbasis“, so Danckert.

Nordbayerischer Kurier vom 16. Juli 2008

Experten bezweifeln Effizienz von Dopingkontrollen**MdBs Anette Kramme und Dr. Peter Danckert besuchen Dopingexperten an der Uni Bayreuth**

EPO – diese drei Buchstaben haben die Sportwelt verändert. Gerade im Hinblick auf die laufende Tour de France und die anstehenden Olympischen Spiele ist das Thema Doping so aktuell wie nie und stand auch gestern beim Besuch des Sportausschuss-Vorsitzenden im Bundestag, Dr. Peter Danckert, am Sportinstitut der Bayreuther Universität im Mittelpunkt.

Illusionen von einem sauberen Sport – vor allem während Olympia – macht sich Danckert nicht. „Es muss Schluss sein mit den Ammenmärchen, dass eine Verdopplung der Kontrollen in Peking irgendwelche Auswirkungen hat. Das ist Volksverdummung“, sagte der SPD-Politiker.

Zustimmung erhielt er vom Leiter der Abteilung Sportmedizin/Sport-physiologie an der Universität Bayreuth, Professor Walter Schmidt: „Ich glaube, dass Doping bei Olympia vor allem in der Leichtathletik auf den Sprintdistanzen weit verbreitet ist.“

Das Problem: Nicht alle Formen des Blut dopings sind mit den momentanen Tests feststellbar, die kriminelle Energie bei der

Entwicklung immer neuer Doping-Methoden ist hoch.

„Nur noch die Dummen werden erwischt“, sagte Danckert und

unterstrich damit die Notwendigkeit neuer und einheitlicher Kontrollmethoden. In Bayreuth ist man in dieser Frage schon einen Schritt weiter.

Hier wurde vor drei Jahren ein Verfahren entwickelt, das nicht die Substanz EPO nachweist, sondern den Effekt des Dopings, indem die Gesamtmenge an Hämoglobin im Körper eines Athleten gemessen wird. „Das ist die Größe, die manipuliert wird“, sagte Schmidt.

Da sie über das Jahr gesehen recht konstant bleibt, können auffällige Abweichungen anhand eines Blutpasses festgestellt werden. Überschreitet der Sportler eine individuelle Grenzmarke, die sich aus vorherigen Tests und



den Werten einer Referenzgruppe ergibt, liegt ein Doping-Verdacht vor.

Was jedoch noch fehlt, ist die Anerkennung der Methode durch sämtliche Sportverbände und die Festlegung von einheitlichen Sanktionen bei Überschreitungen der Grenzwerte. „Hier muss für die Zukunft ein System gefunden werden“, meinte Schmidt.

Danckert kündigte bei seinem Besuch an, die Anti-Doping-Arbeit an der Bayreuther Universität nach Kräften zu unterstützen, bevor er sich selbst dem Hämoglobin-Test von Professor Schmidt unterzog. „Immerhin muss man ja wissen, wovon man redet“, sagte der Politiker.

Nordbayerischer Kurier vom 04. Juli 2008

Sind die Alten die Rettung? Bad Berneck und das Fichtelgebirge suchen ihren Platz auf der Tourismuskarte der Zukunft – SPD lud ein



Wie können wir im ländlichen Raum und im Fichtelgebirge unsere Potenziale im Tourismus vergrößern? Wie kann unsere Region am boomenden Tourismus partizipieren und wo müssen wir alle gemeinsam ansetzen?

Auf diese brennenden Fragen erhofften sich viele Gastronomen, Hotelbetreiber und Vermieter, Tourismus- und Fremdenverkehrsexperten sowie Vertreter der Fichtelgebirgsgemeinden Aussagen aus berufenem Mund. Der SPD-Unterbezirk Bayreuth hatte zu diesem aktuellen Referat in das Eventzio-Konferenzzentrum Bad Berneck eingeladen, moderiert von MdB Anette Kramme.

Die tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, MdB Anette Faße, hatte bei der Informationsveranstaltung über die Zukunftstrends im Tourismus und insbesondere

auf Vorschläge, wie sich das Fichtelgebirge für den Tourismus für die Zukunft fit machen kann, Antworten parat, die nicht sofort umsetzbar sind.

Die Verantwortlichen sollten auf die Trends reagieren. „Stillstand im Tourismus ist Rückschritt!“, warnte sie. Gemeinsam müsse die Region Fichtelgebirge qualitativ entwickelt und die vielen Pluspunkte herausgearbeitet werden: „Wo sind unsere Stärken und was haben wir hier anders als andere?“

Bad Bernecks Bürgermeister Jürgen Zinnert (SPD) erkannte einen „Nachholbedarf“ an Werbung, Vertrieb und Vermarktung. In der Kurstadt werden jährlich rund 27 000 Übernachtungen registriert.

„Der Städtetourismus boomt und in Deutschland stiegen die Übernachtungszahlen um drei Prozent an, nicht aber in ländlichen Gebieten“, so Faße. Eine enorm große Bedeutung komme wegen des demografischen Wandels der Generation 50 Plus zu. „Die Senioren sind erfahren im Reisen, sind sehr mobil und wünschen Leistung und Qualität“, fuhr sie fort. Sie wählen Gruppen- und Busreisen, wollen Sicherheit vor Ort im Gesundheitsbereich und

legen viel Wert auf Barrierefreiheit, betonte die Expertin.

Diese wichtige Urlaubergruppe wolle etwas erleben, sie sei kritisch und achte auf Qualität. „Der barrierefreie Tourismus ist ein sehr großer Wirtschaftsfaktor!“, betonte sie. Das Marketing habe nicht die Priorität, erst müsse das Produkt stimmig sein. Die Region Fichtelgebirge müsse als Einheit auftreten mit Konzentration auf die Besonderheiten und Schwerpunkte. Auch müssten Weiterbildungseinrichtungen für die Tourismusbeschäftigten und die Ausbildungsqualität ernst genommen werden.

In der Diskussion wurde bedauert, dass das Fichtelgebirge trotz preiswerter und guter Angebote ein schwaches Image besitze. „Wir können die Naturschönheiten unseres Gebietes nicht mehr verkaufen!“, beklagte ein Gast. Die Gäste wünschen Erlebnisse, Events, Abwechslung.

Der Vorsitzende des Fichtelgebirgsvereins bemängelte auch organisatorische Schwächen gastronomischer Betriebe, die auf E-Mail-Anfragen nicht reagieren. Die Grundeinstellung der Vermieter müsse sich verbessern.

Eigenbericht vom 03. Juli 2008

**Im Feriendorf steckt Potenzial
MdBs Annette Faße und Anette Kramme besuchen die Gemeinde Mistelgau**

Die Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Annette Faße, kam auch auf Einladung ihrer Fraktionskollegin Anette Kramme zum einem Ortsbesuch nach Mistelgau.

Dort tut sich nämlich seit geraumer Zeit etwas in puncto Tourismus. Ein großes Feriendorf ist geplant, eine holländische Investorengruppe möchte mehrere Millionen Euro investieren und ein Feriendorf errichten. „Die Planungen sind abgeschlossen, der Architektenwettbewerb hat einen Sieger ergeben und wir stehen in den Startlöchern“, berichtete Mistelgaus Bürgermeister Georg Birner. Gleichwohl gäbe es aber auch einige Schwierigkeiten und Hürden zu überwinden.

Anette Kramme zeigte sich jedoch überzeugt, dass das Projekt realisiert wird und ein Gewinn für die gesamte Region sein wird. „Alleine die Therme in Obersees wird dadurch einen enormen Zulauf erfahren, auch andere Bäder und Gemeinden werden von den vielen zusätzlichen Gästen profitieren“. Anette Faße berichtete von ähnlichen Projekten im Bundesgebiet.



Zwar seien schon das eine oder andere Problem vor Ort aufgetaucht, dennoch überwiegen der gegenseitige Profit. „Ihr habt hier eine wundervolle Gegend, ich kann mir sehr gut vorstellen, dass Touristen und Erholungssuchende dieses Feriendorf gut annehmen werden“, so Anette Faße. Bezirkstagskandidat Karl Lothes, sehr aktiv im Bereich der Kultur ergänzte, dass auch in diesem Bereich durch das Feriendorf einiges möglich sein wird. „Wir können hier eine gewisse Vernetzung weiter aufbauen und den Besuchern auf kultureller Ebene einiges bieten. Wir haben rund um Mistelgau zahlreiche Attraktivitäten, mit diesen Pfunden müssen wir wuchern. Die Touristen nehmen das mit Sicherheit an.“

Eigenbericht vom 02. Juli 2008

Wasserwerfer der Bundespolizei MdB Anette Kramme lässt nicht locker



Die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme lässt nicht locker im Kampf um den Erhalt der Wasserwerfer am Bundespolizeistandort Bayreuth. Im Zuge der Neuorganisation der Bundespolizei wurde die Wasserwerfereinheit von der Abteilung Bayreuth nach Deggendorf verlegt.

Nunmehr hat sich laut Kramme ein neuer Aspekt aufgetan, der deutlich für Bayreuth als Standort für die Wasserwerfer spreche. Sie hat sich daher nun erneut an das Bundesinnenministerium gewandt.

„Die Sicherung der deutsch-österreichischen Grenze oblag in der Vergangenheit der bayerischen Grenzpolizei. Diese Aufgabe wurde nun der

neu geschaffenen Bundespolizeiinspektion Rosenheim übertragen“, erklärt MdB Kramme. Dafür müsste Rosenheim mit mindestens 400 Beamtinnen und Beamten aufgestockt werden, so die Abgeordnete weiter. „Weitau-

sinnvoller wäre es, die Grenzüberwachung Rosenheim und Deggendorf gemeinsam zu übergeben – zumal Deggendorf ohnehin aufgrund der geografischen Lage prädestiniert ist für diese Aufgabe.“

Im Gegenzug sollten die technische Einsatzeinheit aus Rosenheim sowie die Wasserwerfer gesamt nach Bayreuth verlagert werden bzw. dort bleiben.

„In Deggendorf ist für das schwere Gerät ohnehin kein Platz“, argumentiert MdB Kramme. In Bayreuth dagegen verfüge man logistisch über ausreichend Platz. „Es könnte sogar das gesamte schwere Gerät aufgenommen werden, da unproblematisch auf die alten Liegenschaften der Bundeswehr (Markgrafen-

kaserne), die nur durch einen Zaun von der Bundespolizeiabteilung Bayreuth getrennt sind, zurückgegriffen werden kann“, heißt es in Krammes Schreiben.

Hinzu komme laut MdB Kramme, dass der Standort Deggendorf über keine Bereichswerkstatt verfügt. Lediglich die Standorte Rosenheim und Bayreuth haben Bereichswerkstätten. „Es macht wenig Sinn, schweres Gerät in Deggendorf zusammenzuziehen, wo keine Möglichkeit für Wartung und Reparatur besteht.“

Die erhofften Synergieeffekte werden auf diese Weise sicherlich nicht erreicht, wenn die schweren Fahrzeuge hunderte Kilometer für Wartungsarbeiten auf der Autobahn verbringen“, führt Kramme in ihrem Schreiben aus.

Um das Innenministerium doch noch von den Vorteilen des Standortes Bayreuth zu überzeugen, hat Anette Kramme den Abteilungsleiter Bundespolizei, Ministerialdirigent Christoph Verenkotte, nach Bayreuth eingeladen.

Nordbayerischer Kurier vom 25. Juni 2008

Brennpunkt Berlin fasziniert beim Blitzbesuch**SPD-Tour in die Hauptstadt: Scharfer Blick hinter die Kulissen von Ministerien und Kramme-Alltag**

Woher kommt der Begriff: „Bis in die Puppen durchfeiern“? Oder das herbe „Du spinnst doch!“? Was sind „Trockenwohnen“ und „Schichtjungen“? All das erfuhren 50 Gäste von MdB Anette Kramme, die zu einer SPD-Tour nach Berlin eingeladen waren — darunter viele Pegnitzer, angeführt von Stadtrat Oliver Winkelmalter. Er ist in ihrem Bayreuther Büro für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

Dieser Ausflug war kurz, aber voll mit Eindrücken. Er begann mit einem Blick in die Willy-Brandt-Ausstellung Schöneberger Rathauses, wo zufällig die von Amerikanern gestiftete riesige Freiheitsglocke läutete. Allein ihr schöner Klang war die Reise wert. Von der Schöneberger Rathaustrübene hatte John F. Kennedy einst ein lateinisches Wort der Italiener umgemünzt, sobald sie Römer

waren: „Ich bin ein Berliner!“ Reiseführerin Annette Jänichen erklärte, weshalb die reichen Berliner im Westen wohnen und warum Bismarck die Häuser am Kurfürstendamm auf 22,5 Meter Höhe beschränkte: Länger war keine Feuerwehrleiter.

Sie erklärte auch den Satz mit den „Puppen“. So nannten nämlich die kessen Berliner jene Büsten von Feldherren, die König Friedrich in seinen Jagdpark gestellt hatte, als er ihn für jedermann öffnete. Zog dann die Jugend nachts zur Liebelei hinein, blieb sie „bis in die Puppen“.

Und das „Trockenwohnen“ war ein Trick der reichen Leute, um ihre ungesunden, baufrischen Mietsräume schnell bewohnbar zu machen. Sie holten für kurze Zeit arme Familien herein. Mimt Tuberkulose zogen die wieder aus. Aber Annette Jänichen begleitete auch ins Arbeitsministerium, das früher den 2000 Mitarbeitern des NS-Ministers Joseph Goebbels

gedient hatte. Die Oberfranken standen in jenem Hof, in dem er kurz vor Kriegsende alle seine Beamten auf das Durchhalten eingeschworen hatte. Sie zeigte auch das Zentrum von Hitlers verschwundenem Machtapparat, die leere Wilhelmstraße. An den Schautafeln dort lernten die Pegnitzer, wie ernst Berlin heute seine Aufgabe nimmt, das Gewissen der Deutschen zu sein. Eindrucksvoll war die graue, hoffnungslose Verlorenheit im Holocaust-Mahnmal und ernüchternd der Blick in eine Bundestagsdebatte vor fast leeren Stühlen, nur durch Wolfgang Thierse und Jürgen Trittin prominent.

Anschließend erläuterte Anette Kramme packend und ehrlich ihren Polit-Alltag. Jeder muss als Bundestagsneuling an die 20 Jahre still zuhören, sagte sie, bis er in die entscheidenden Ränge aufrückt. Sie selbst hat jetzt immerhin sehe einen gewissen Durchbruch. Sie bekam nämlich einen Ruf in die SPD-Führungsakademie.

Innerhalb der SPD gibt es kontrastreiche Strömungen. Eine davon ist der „Seeheimer Kreis“ (konservativ), eine andere die „Parlamentarische Linke“ (dazu gehört Anette Kramme) und die dritte das „Netzwerk“. Hier taten sich junge Aufmüpfige zusammen, um schneller voran zu kommen. Aber sie sind teils noch konservativer als die „Seeheimer“.

Nordbayerische Nachrichten vom 09. Juni 2008

SPD sieht der Polizei auf die Finger

Besuch von MdB Anette Kramme und MdL Dr. Christoph Rabenstein

Auf Einladung von MdL Dr. Christoph Rabenstein besuchte Peter Paul Gantzer, der polizei- und sicherheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die Polizei von Pegnitz. Deren Leiter, Roland Schmitt, hatte dazu auch die Spitze der Polizeidirektion Bayreuth eingeladen.

Inhaltlich ging es um die Auswirkungen der drohenden Polizeireform und um das „Schichtmodell“, das in Pegnitz eingeführt wurde. Rabenstein betonte bei einer Pressekonferenz im Cafe Bär, zu der auch MdB Anette Kramme gekommen war sowie die Stadträte Karl Lothes und Oliver Winkelmaier, welches interessante Gespräch geführt wurde.

Er hob hervor, dass ein absolut positiver Eindruck von der Polizei hier nach München mitgenommen werden kann. Sorgen bereitet den SPD-Politikern, dass die Polizei-Direktion in Bayreuth ab 2009 aufgelöst werden soll. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass es von größter Wichtigkeit ist, dass zumindest die Polizei in Pegnitz erhalten wird.

Drei Gründe dafür hob Christoph Rabenstein ganz besonders hervor: Der Stützpunkt im Süden des Landkreises leistet eine außerordentlich gute Arbeit. Insbesondere wirkt sich sehr positiv aus, dass die diensttuenden Beamten alle in der

unmittelbaren Umgebung wohnen, was zu einer überaus hohen Motivation führt.

Diese gute Arbeit wirkt sich unmittelbar auf die Sicherheit für die Bürger aus, denn es gibt einen direkten, persönlichen und guten Bezug zur Bevölkerung. Weiter führte er aus, dass es gut gelingt, die Kriminalität der A9, das heißt der Raststätten, nicht nach Pegnitz überschwappen zu lassen.



Die Polizei in Pegnitz sei ein wichtiger Sicherheitsgarant, und zwar „rund um die Uhr“. Auch sprach sich Rabenstein dafür aus, dass die Personal-Sollstärke von 34 Beamten nicht unterschritten werden sollte. Weiter teilte er mit, dass es zum „Schichtmodell 2000“ nunmehr eine 100-prozentige Zustimmung der Beamten gibt.

Durch die Mitbestimmung der Einzelnen zum Dienstplan entsteht eine besonders hohe Motivation. Polizeileiter Roland Schmitt nimmt übrigens häufig an Streifendiensten teil, dem er will „am Ball bleiben“. Weiter

besahen sich die Politiker auch die räumliche und technische Ausstattung sowie den Fuhrpark der Inspektion an.

Man habe in Pegnitz „schöne Arbeitsplätze“. Rabenstein monierte, dass in Pegnitz trotz des massiven Widerstands der SPD bereits das Amtsgericht verloren wurde. Da wäre es ein absolut herber Verlust, wenn die positiv arbeitende Pegnitzer Inspektion auch noch fehlt. Annette Kramme dazu: „Die örtliche Polizei kennt ihre Pappenheimer.“

Sie bezweifelte, dass durch eine Zentrale in Bayreuth auch die südlichen Landkreisteile gut abgedeckt werden. „Dezentralität ist eine gute Geschichte.“ Gantzer präsentierte noch einige Zahlen. Die Kriminalhäufigkeitszahl beträgt, hochgerechnet auf hunderttausend Einwohner, beispielsweise in Berlin 17000, in Bayern 5700 und in Pegnitz 3000. In Pegnitz ereigneten sich im Jahr 2007 lediglich 1276 Straftaten.

Mit der Aufklärungsquote von 76,5 Prozent können die Pegnitzer Beamten brillieren, denn die Bundeszahl beträgt 55 Prozent, die Bayerische Quote 64,3 Prozent. Er zitierte Inspektionsleiter Roland Schmitt: „Die Pegnitzer leben in einer Oase des Friedens.“

Eigenbericht vom 03. Juni 2008

Bayreuther Gymnasiast auf Einladung von Anette Kramme (SPD) beim Planspiel „Jugend und Parlament“ in Berlin



Vier Tage lang durfte der 19-jährige Bayreuther Jakob Horn in den Bundestag und bei Ausschusssitzungen und Plenardebatten den Job eines Abgeordneten ausprobieren. Hintergrund für die Aktion war das Planspiel „Jugend und Parlament“, welches vom Besuchsdienst des Bundestags seit 1981 veranstaltet wird.

Zu diesem Planspiel darf einmal im Jahr die Hälfte aller Bundestagsabgeordneten einen Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren bestimmen, der für vier Tage in den Bundestag fährt und dort bei Fraktions- und Ausschusssitzungen sowie Plenardebatten und kurzen Nächten den parlamentarischen Alltag kennen lernt. In diesem Jahr durfte der 19-jährige Jakob Horn aus Emtmannsberg auf Einladung der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (SPD) bei diesem Planspiel teilnehmen. „Das Planspiel war super. Wir

haben von der ersten Besprechung eines neuen Gesetzentwurfs in der Arbeitsgruppe bis zur abschließenden Plenardebatte alle Stufen des Gesetzgebungsverfahrens durchgemacht“, begeistert sich Jakob Horn.

Besonders spannend für den 19-jährigen: alles fand an den echten Schauplätzen in den Liegenschaften des Reichstags statt.

Außerdem wurden die Mehrheitsverhältnisse der aktuellen Situation im Bundestag nachempfunden. So bildeten die Fraktionen der SPD und der Konservativen Volkspartei (KVP) die Regierungskoalition und die Liberale Reform Partei (LRP) mit dem Profil der FDP, die Ökologisch-Soziale Partei (ÖSP) (Real: Grüne) und die Partei der Sozialen Gerechtigkeit (PSG) (Die Linke) die Opposition. Die Teilnehmer wurden allerdings nicht nach Wunsch oder eventueller realer Parteizugehörigkeit auf die einzelnen Fraktionen aufgeteilt, sondern dies wurde ausgelost.

Nach dem ersten Kennen lernen und Einleben wurden am Sonntag dann die Fraktionsvorsitzenden

deren Stellvertreter gewählt. „Das war für mich etwas enttäuschend, da ich Ambitionen auf dieses Amt hatte, aber nicht dazu gewählt wurde“, erklärt Horn. „Aber in der Demokratie muss man auch besonders lernen Niederlagen einzustecken.“

Die frisch gewählten Fraktionsvorsitzenden hatten dann die Aufgabe, die Fraktionssitzungen zu leiten und Kompromisse mit den anderen Fraktionen zu schließen.

Außerdem wurden die Gesetzesentwürfe erst in Arbeitsgruppen der einzelnen Parteien und anschließend in den Ausschüssen diskutiert und verändert. Höhepunkt war am Dienstag die Plenardebatte unter Leitung des Bundestagspräsidenten.

Die Plenardebatte dient also mehr oder weniger nur der Show für die Öffentlichkeit“, erklärt Horn. „Besonders toll war auch, dass sich Frau Kramme und ihr Büro während meines Aufenthalts im Bundestag super um mich gekümmert haben. Auf diese Weise konnte ich noch einmal einen Blick in die Arbeit von echten Bundestagsabgeordneten werfen und habe dabei festgestellt, dass unser Tagesablauf dem schon sehr nahe kam.“

Eigenbericht vom 02. Juni 2008

**Schülerzeitungsredakteurin Vanessa Böhner zu Gast beim Jugendpresstetag in Berlin
Ereignisreiche Tage erlebt**

Vanessa Böhner von der Schülerzeitung des Markgräfin Wilhelmine Gymnasiums in Bayreuth war eine von 100 Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteuren aus ganz Deutschland, die zu Gast beim Jugendpresstetag der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin waren. Bereits zum siebten Mal trafen Jung-Journalisten und Schülerzeitungsredakteure mit SPD-Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung in Berlin zusammen, um in Pressegesprächen und Diskussionsrunden ihre Wünsche und konkreten Erwartungen an die Politik zu stellen.

"Ich freue mich, dass Vanessa und auch die anderen Nachwuchsjournalisten Politik hautnah miterleben konnten und wünsche ihnen, dass sie wichtige Anregungen und Erfahrungen gesammelt haben", so MdB Anette Kramme, die Vanessa Böhner nach Berlin eingeladen hatte.

Begrüßt wurden die Jugendlichen von dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Struck, der die Schülerinnen und Schüler im Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages in Empfang nahm. Höhepunkt des dreitägigen Besuches war das Treffen mit Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier. Der Pressenachwuchs bekam bei einer Pressekonferenz im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Gelegenheit, den Vizekanzler zu grundsätzlichen und aktuellen politischen Themen zu befragen.

Auch am zweiten und dritten Tag standen politische Schwergewichte der SPD-Fraktion und des SPD-Parteivorstandes in Diskussionsrunden den Jugendlichen Rede und Antwort. Abends konnten die Schülerinnen und Schüler bei einem Abendessen in lockerer und gemütlicher Runde mit Abgeordneten und Profis konstruktive Gespräche führen. Außerdem hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, mit zwei Berliner Journalisten zu „fachsimpeln“.

Nordbayerischer Kurier vom 5. Mai 2008

Raus aus der Sackgasse Jürgen Masel will Bahnübergang in Gemein erhalten

Der Bahnübergang im Bindlacher Ortsteil Gemein erhitzt bereits seit Jahren die Gemüter in der Gemeinde. Nun soll mit den Diskussionen Schluss sein, sagt der Bindlacher Bürgermeister-Kandidat Jürgen Masel (SPD) und will den Worten Taten folgen lassen. Unterstützt wird er dabei von einer Parteigenossin: der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme.

„Es muss endlich was passieren in Gemein“, erklärte Masel vor Ort. Bereits im Jahr 1999 sei erstmals im Gemeinderat über den Bahnübergang diskutiert worden, die Verlegung sei so gut wie beschlossen gewesen. Doch danach sei das Projekt eingeschlafen. Zwischenzeitlich habe die Bahn ein neues Management und Ende 2006 sei der Bahnübergang schließlich geschlossen worden – zumindest für Autofahrer, denn Radler und Fußgänger dürfen die Schienen dort nach wie vor überqueren.

„Aber Autofahrer müssen jetzt einen Umweg von sieben Kilometern hin und zurück fahren, wenn sie von Gemein nach Bindlach wollen“, erklärt Masel. Die Rettungswegsituation sei demnach nicht tragbar. Dem müsse abgeholfen werden, so Masel, der die Erhaltung und Sicherung des alten Bahnübergangs fordert und die entsprechende Maßnahme nun verstärkt vorantreiben will. Und

damit viele Gemeiner und Crottendorfer – die um ihren früheren Schleichweg trauern – auf seiner Seite hat. „Wir sitzen hier fest, wir leben seit der Sperrung in einer Sackgasse, wenn was ist, haben

wir keinen Rettungsweg mehr“, erklärt Gudrun Rieß, die in direkter Nähe zum Bahnübergang wohnt und bei der Ortsbegehung die Probleme der Anwohner schilderte. Sie ist überzeugt: Seit der Sperrung ist der Bahnübergang unsicherer denn je. „Die Fahrradfahrer sind damit beschäftigt, zwischen den Gittern durchzukommen und achten nicht mehr auf die Blinkanlage“, ergänzt Claudia Rieß.

Hinzu komme die Mehrstrecke, die von den Gemeinern gefahren werden müsse: „In Zeiten des Umweltschutzes kann das doch kein unerhebliches Argument sein.“ Dem pflichtete Anette Kramme bei. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, hatte Masel die Bundestagsabgeordnete – „unser Adapter zu Hartmut Mehdorn“ – ins Boot geholt. Und die versprach bei der Ortsbegehung, zu helfen: „Es scheint mir nicht unmöglich hier etwas zu machen, hier



muss man noch mal verhandeln“, so Kramme.

Nachdem sie den gesperrten Bahnübergang selbst begutachtet hatte, erstaunte Kramme besonders die finanzielle Größenordnung der möglichen Alternativen, die die Bahn nach der Schließung des Übergangs genannt hatte: Bau einer Brücke für zwei Millionen Euro, Bau einer Überführung für zwei Millionen, Ausbau des Parallelwegs für eine halbe Million oder eine angemessene Sicherung des vorhandenen Übergangs für etwa 1,2 Millionen Euro. „Das ist nicht nachvollziehbar“, so Kramme kopfschüttelnd. Die Bundestagsabgeordnete und der Bürgermeisterkandidat waren sich einig, dass es das Sinnvollste sei, die Zufahrtsstraßen auszubauen und den Übergang mindestens durch Halbschranken zu sichern. „Das wäre für die rund 200 betroffenen Gemeiner und Crottendorfer die beste Lösung“, so Masel.

Nordbayerischer Kurier vom 28. April 2008

Die Gedanken sind frei**Lesenacht zum Gedenken an die Bücherverbrennung**

Ein Buch zu verbrennen, nur weil man den Inhalt oder den Autor nicht mag, ist für die meisten Menschen nur schwer vorstellbar. Unter den Nationalsozialisten brannten in ganz Deutschland Scheiterhaufen für die freien und kritischen Gedanken.

Die lange Lesenacht in Pegnitz zum Gedenken der Bücherverbrennung vor 75 Jahren fand in der Stadtbücherei des Mehrgenerationenhauses statt. Viele Bürger waren gekommen, um sich über das schreckliche Geschehen und dessen Auswirkungen zu informieren. Kein Stuhl war mehr frei, so groß war der Andrang. Stelltafeln in der Bücherei zeigten Bilder und die Bücherlisten der verbotenen Autoren.

Bekannte Bürger lasen aus den verfemten Büchern und stellten die Schicksale der Autoren im Dritten Reich dar. Den Anfang machte Jan Burdinski, der sich mit der Frage beschäftigte, weshalb die Nationalsozialisten, darunter viele Studenten, Bücher verbrannten. Das freie Denken zu entdecken war ein langer Prozess. Aber der freie Gedanke war den Nazis suspekt, war für sie gefährlich – „und wenn Gedanken gefährlich waren, dann sind auch Bücher gefährlich“.

Er zeigte den Zuhörern in einer brillanten Rede, die es verdient hätte in allen Schulen gehalten

zu werden, auf, wie die Schriftsteller, sensibler als viele Menschen für den Zeitgeist, schon nach dem ersten Weltkrieg vor den nationalen Strömungen warnten. So sagte Kurt Tucholsky 1919 voraus, dass es in 20 Jahren wieder zum Krieg kommen würde. Dass eine Bücherverbrennung nur der Beginn einer Entwicklung sei, wusste schon Heinrich Heine: „Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch Menschen.“

Landrat Dr. Klaus Günther Dietel hatte eine Kurzgeschichte von Stefan Zweig mitgebracht, die aus Verzweiflung angesichts des Geschehens in Deutschland im brasilianischen Exil Selbstmord beging. Die Novelle „Ein Verbummelter“ war in dieser Hinsicht geradezu prophetisch, zeigte auf, wie Menschen in den Freitod getrieben werden können.

Auch Musik gab es an diesem Abend. Philipp Riedel hat Gedichte von Erich Kästner vertont und daraus das Programm „Riedel singt Kästner“ gestrickt. Viele kennen Erich Kästner nur als Autor von Kinderbüchern, dass seine

Literatur auch sehr sozialkritisch war, wissen die wenigsten.

Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme widmete sich ihrem Lieblingsautor Kurt Tucholsky gekommen. Auch Tucholsky zerbrach an dem, was sich aus Deutschland trotz seiner Warnungen entwickelte.

Noch bis weit nach Mitternacht war von vielen Autoren zu hören. Berühmte Autoren, deren Gedanken lebendiger denn je sind. So las unter anderem Herbert Scherer Bert Brecht, Dekan Dr. Gerhard Schoenauer Erich Kästner, seine Frau Ulrike Anna Seghers und Else Lasker-Schüler, Anette Krammes Kollege Hartmut Koschyk Ringelnatz, der Pegnitzer KURIER-Redaktionsleiter Stefan Brand Egon Erwin Kisch.

Die Lesenacht war ein Abend, der trotz aller Schönheit der Literatur und häufig aufblitzender humorvoller Momente betroffen machte, angesichts der Schicksale der Autoren und ihrer Leiden unter der Verfolgung der Nazis. Es war der Beiname der Lesenacht, der einen trotzdem froh stimmte: „Bücher können brennen, Gedanken nicht.“

Nordbayerischer Kurier vom 25. Juli 2008

Die SPD-Familie will sich nicht streiten

Das sei ein Familienstreit, den werde sie nicht öffentlich austragen, so gestern die SPD-Unterbezirksvorsitzende Anette Kramme zu dem Parteiaustritt des Hollfelder Sozialdemokraten Roland Schmidt und der Ankündigung Manfred Neumeisters, es ihm nachzutun.

Wie die Partei darauf reagiert, werde sie nicht öffentlich machen, so Kramme gestern. Außerdem sei für Angelegenheiten der Ortsvereine der Kreisverband zuständig und nicht der Unterbezirk.

Gleichwohl räumte sie aber ein, dass im Fall Neumeister, der, wie berichtet, in den Ortsverein Thurnau wechseln möchte, sowohl der abgebende

Ortsverein, der Kreisverband wie auch der Unterbezirk Stellung beziehen müssen und umgekehrt auch die aufnehmende Seite.

Neumeister erklärt, dass er mehrere Optionen hat. Wenn man ihm bis Monatsende den Wechsel in den SPD-Ortsverein Thurnau nicht zusage, dann werde er wie angekündigt aus der SPD austreten und seine Mandate im Stadtrat wie auch im Kreistag als Parteiloser wahrnehmen.

Eine Variante könnte dann sein, dass er im Kreistag als Parteiloser bei der SPD-Fraktion andockt. Ein Gesprächsangebot des Fraktionsvorsitzenden Werner Kaniewski liege ihm schon vor. Die andere: Er fragt bei den

Freien Wählern an, denen er im Moment wohl deshalb viel Sympathie entgegenbringt, weil deren Satzung es erlaubt, sich unter ihrem Dach mit einer eigenen politischen Gruppierung einzubringen.

Denn Neumeister denkt offenbar an die Gründung der Hollfelder Gemeinschaft, entsprechend dem Vorbild der Bayreuther Gemeinschaft (BG).

Käme es dazu, hätte dies für die SPD erhebliche Konsequenzen. Die Kreistagsfraktion verlöre nämlich ein Mandat, hätte dann nur noch elf Kreisträte, während die Fraktion der Freien Wähler dann über zwölf Stimmen verfügt. Damit müssten zum Nachteil der SPD Ausschüsse neu besetzt werden.

Nordbayerischer Kurier vom 24. Juli 2008

Streit erreicht seinen Höhepunkt**Roland Schmidt erklärt Austritt aus der SPD – Manfred Neumeister setzt eine letzte Frist**

Der Streit innerhalb des Hollfelder SPD-Ortsvereins hat seinen Höhepunkt erreicht: Stadtrat Roland Schmidt erklärte gestern seinen Austritt aus der SPD, Kreis- und Stadtrat Manfred Neumeister setzte dem Kreisverband eine Frist bis zum 30. Juli – dann will auch er sein Parteibuch zurückgeben.

Wie berichtet, war der bisherige Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Hollfeld, Kreis- und Stadtrat Manfred Neumeister, bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Mai

abgewählt worden. Aus Protest gegen die Umstände der Neuwahl, an der lediglich drei Personen beteiligt waren, stellten kurz darauf sowohl Manfred Neumeister wie auch Stadtrat Roland Schmidt ihren Austritt aus dem Ortsverein Hollfeld in Aussicht. Gleichzeitig kündigten sie an, nach Möglichkeit in einen anderen Ortsverein außerhalb des Landkreises Bayreuth, nach Thurnau im Landkreis Kulmbach nämlich, zu wechseln.

SPD-Kreisvorsitzender Hans Dötsch bat daraufhin zum Schlichtungsgespräch im Parteibüro in Bayreuth. Neben Dötsch sowie seinen Stellvertretern Karl Lothes und Christa Müller-Wilfing nahm allerdings nur der neue Vorstand des Hollfelder Ortsvereins, bestehend aus Frank-Rainer Hott, Hans Landstorfer und Ariane Colbentson, die Einladung an. Manfred Neumeister und Roland Schmidt sagten ihre Teilnahme ab.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

„Es blieb mir also nur“, so Hans Dötsch im KURIER-Gespräch, „die Schlichtung für gescheitert zu erklären.“

Zudem wurde die von Hott, Landstorfer und Colbentson durchgeführte Vorstandswahl für rechtmäßig befunden – Frank-Rainer Hott ist und bleibt also Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Hollfeld.

Kreis- und Stadtrat Manfred Neumeister hat in der Folge dem Kreisverband sowie dem Unterbezirk Bayreuth eine Frist bis zum 30. Juli gesetzt, seinen Übertritt in den Kreisverband Kulmbach zu bewilligen. Im Kreisverband Bayreuth sieht Neumeister keine Zukunft mehr für sich, da dieser seine Abwahl unter fragwürdigen Umständen toleriert habe.

Sollte diese Frist ungenutzt verstreichen, so kündigte Neumeister seinen Austritt aus der SPD zum 1. August an. Seine Mandate als Kreisrat in

Bayreuth sowie Stadtrat in Hollfeld will Neumeister aber in jedem Fall weiter ausüben und so „den Willen des Wählers erfüllen“.

Bedeckt hielt sich Neumeister hinsichtlich seiner neuen politischen Heimat. Denkbar seien hier der Status als parteiloser Mandatsträger, die Gründung einer eigenen sowie der Anschluss an eine bestehende Gruppierung. Neumeister bestätigte in diesem Zusammenhang, dass der Eintritt in die Freie Wählergemeinschaft (FWG) für ihn durchaus eine Option darstelle.

In den 26 Jahren seiner Mitgliedschaft in der SPD, so Neumeister weiter, sei von seinen alten Idealen nicht mehr viel übrig geblieben, vieles innerhalb der Partei habe sich zum Negativen verändert.

Roland Schmidt wiederum erklärte gestern seinen Austritt aus der SPD. Schmidt hatte

Kreisverband und Unterbezirk zunächst eine Frist bis zum 1. August gesetzt, seinen Wechsel nach Thurnau zu befürworten. In einem Schreiben wies Bezirksvorsitzende Anette Kramme jedoch darauf hin, dass es vor der Sommerpause keine Sitzung auf Unterbezirksebene mehr geben werde. Sein Mandat im Hollfelder Stadtrat wird Roland Schmidt als parteiloses Mitglied behalten.

Im Landkreis Kulmbach beobachtet man die Vorgänge um Neumeister und Schmidt mit Zurückhaltung. Von den ursprünglichen Plänen der Kommunalpolitiker, sich dem SPD-Ortsverein Thurnau anzuschließen, habe man lediglich aus der Zeitung erfahren. Konkrete Gespräche habe es demzufolge bislang nicht gegeben, erklärten übereinstimmend der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Thurnau, Stefan Wunderlich, sowie der Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Kulmbach, Klaus Stengl.

Nordbayerischer Kurier vom 05. Juni 2008

Hollfelder SPD vor der Spaltung Manfred Neumeister als Vorsitzender abgewählt

Dem SPD-Ortsverein Hollfeld droht offenbar die Spaltung: In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung wurde der bisherige Vorsitzende Manfred Neumeister abgewählt. Sein Nachfolger heißt Frank-Rainer Hott.

So einfach will sich Manfred Neumeister aber nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen: Der SPD-Stadtrat hat seinerseits für heute Abend die turnusgemäße Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins Hollfeld angesetzt. Inklusive dem Tagesordnungspunkt Neuwahlen.

Wie konnte es zu dieser vertrackten Situation kommen? Der neue Vorsitzende des SPD-Ortsvereins wirft seinem Vorgänger vor, dieser hätte das Amt „nachlässig geführt“. So habe es nur acht Versammlungen in den sechs Jahren gegeben, die Basis vermisste den Informationsfluss seitens der beiden SPD-Stadträte Manfred Neumeister und Roland Schmidt.

Unmittelbar nach der Kommunalwahl vom 2. März, so Hott weiter, hätten die Parteimitglieder den gescheiterten Bürgermeister-Kandidaten Neumeister um die sofortige Einberufung einer Versammlung gebeten, um das weitere Vorgehen zu beraten. Nachdem dies nach mehrmaliger Aufforderung und dem Setzen einer letzten Frist

nicht erfolgt sei, hätte die damalige zweite Vorsitzende Vanessa Mühlenbruch eine außerordentliche Hauptversammlung angesetzt.

Dabei wurde Frank-Rainer Hott zum neuen Vorsitzenden der Hollfelder SPD gewählt – sein Stellvertreter ist Hans Landstorfer. Hott will nun nach eigenen Worten Präsenz und Image der SPD in Hollfeld verbessern.

Für Manfred Neumeister ist mit dem Votum der Basis das letzte Wort aber noch nicht gesprochen. Auf KURIER-Anfrage erklärte er deshalb gestern, dass er den SPD-Kreisvorstand in den Vorgang eingebunden habe.

Kreisvorsitzender Hans Dötsch habe ihm zugesichert, dass in der Vorstandssitzung heute Abend das Thema Hollfeld eine Rolle spielen werde.

Bis dahin wird Manfred Neumeister die Wahl von Frank-Rainer Hott nicht anerkennen und hat deshalb für heute Abend ganz regulär die Jahresversammlung des SPD-Ortsvereins Hollfeld inklusive Neuwahlen einberufen.

Die gegen ihn vorgebrachten Vorwürfe will Neumeister natürlich nicht gelten lassen: „Ich habe nach der Kommunalwahl deutlich gemacht, dass die nächste SPD-Versammlung erst nach

der konstituierenden Sitzung des Hollfelder Stadtrates am 13. Mai stattfinden wird.“

Hintergrund: Es sollte erst die Bildung der Ausschussgemeinschaft mit dem Stadtrat der FWG, Dirk Stephan, unter Dach und Fach gebracht werden, um so zumindest Fraktionsstatus zu erreichen und die Weichen für die künftige Oppositionsarbeit im Stadtrat zu stellen.

Sollte der SPD-Kreisvorstand die Wahl von Frank-Rainer Hott zum Ortsvorsitzenden für rechtens erklären, so behält sich Neumeister seinerseits Konsequenzen vor. Diese könnten vom Eintritt in einen anderen SPD-Ortsverein bis hin zur Gründung einer eigenen Gruppierung oder Wählerliste reichen.

Hans Dötsch, Kreisvorsitzender der SPD, sicherte zu, dass der Kreisvorstand heute Abend die „verworrene Situation“ in Hollfeld erörtert. Als Ausweg aus der Misere favorisiert Dötsch ein klärendes Gespräch aller Hollfelder Parteimitglieder unter Vermittlung des Kreisvorstandes. Sollte dies nicht fruchten, so müsste die Schiedsstelle auf Unterbezirksebene angerufen werden, um den Streit zu schlichten.

Nordbayerischer Kurier vom 16. Juni 2008

**„Europa ist zumindest spannend“
SPD-Unterbezirk verzichtet auf eigenen Kandidaten**

Bei ihrer Nominierungs-Veranstaltung für die Europawahl 2009 verzichtete der Unterbezirk Bayreuth der SPD auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten, da Franken einen gemeinsamen Kandidaten hat.

Die Delegierten, 75 von 100 waren gekommen, diskutierten an dem Abend hauptsächlich über die Bedeutung Europas.

Neben der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Anette Kramme hob auch der Europaminister Günter Gloser die positive Entwicklung der Europäischen Union (EU) hervor.

Für Kramme wird das Bild von Europa bei vielen Bürgern durch Bedenken und Ängste bestimmt. Diese Sicht habe

auch zu Irlands Nein bei der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon geführt. „Zumindest spannend ist Europa“, sagte Kramme mit einem Augenzwinkern.

Zugleich führte Kramme mögliche Gründe für das Nein aus Irland aus. Viele Bürger erkennen zwar die wirtschaftlichen Erfolge der EU, ihnen fehle aber die soziale Komponente.

Die Befürchtung, dass „schlechte Standards importiert“ werden könnten und die gemeinsame Wirtschaftsordnung nicht nur Wohlstand in schwache Länder exportiere, sondern auch zunehmende Armut in starke Länder importieren könne. Damit kam Kramme auch zu einer Kernaussage der SPD:

Sozialpolitik müsse weiterhin eine Domäne des Nationalstaates bleiben, aber innerhalb der EU müsse von gleichen Ideen ausgegangen werden.

„Die Arbeitsbedingungen müssen anständig sein, und die Menschen müssen die Chance haben, durch ihre eigene Arbeit und Anstrengung für sich und ihre Familien zu sorgen.“

Gloser stellte in seiner Ansprache die Ziele und Verdienste der EU noch deutlicher heraus. Gemeinsam könnten die Länder in der EU Probleme angehen, die sie alleine nicht stemmen könnten. Als Beispiele dafür nannte Gloser die Flüchtlingsproblematik und die Konkurrenz mit anderen Ökonomiezentren.

Reden von Anette Kramme im Bundestag

12. März 2008 – Aktuelle Stunde zur Haltung der Bundesregierung zu den Konsequenzen aus dem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts zum Mindestlohn für Briefdienste.

11. April 2008 – Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen – unbezahltes Probearbeiten verhindern.

24. April 2008 – Beratung zum Gesetz zur Stärkung der Interessen der Beschäftigten bei Massenentlassungen trotz Gewinnsteigerungen

24. April 2008 – Beratung zum Ersten Gesetz zur Änderungen des Gesetzes über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen sowie Beratung zum Gesetz zur Gewährleistung angemessener Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer.

29. Juni 2008 – Beratung des Antrags: Rechte der Beschäftigten von Discountern verbessern.

Hinweis: Die gesammelten Reden von Anette Kramme sind unter: <http://www.anette-kramme.de> unter dem Menüpunkt Berlin/Plenarreden abrufbar, zum Teil auch als Video. Sollten Ihr eine Rede in gedruckter Form wünschen, können wir diese auch gerne auf Anfrage zusenden.

PRESSEMITTEILUNGEN

Anette Kramme: „Kloster Weißenohe darf nicht an NPD verkauft werden“

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hat sich erneut an den Zirndorfer Brentana Wohnbau Fonds gewandt und eindringlich darum gebeten, einem eventuellen Kaufinteresse der Rechtsextremen nicht stattzugeben. „Angesichts der historischen Bedeutung des Klosters würde dieses Vorhaben der NPD für die gesamte Gemeinde schlichtweg eine Katastrophe“, so Kramme in ihrem Schreiben.

„Die ständigen Aufmärsche der Rechtsextremen in Gräfenberg sind für die Bevölkerung schon Tortur genug. Wenn sich die Rechten jetzt noch in Weißenohe einnisten, ist die Grenze des Zumutbaren deutlich überschritten“, meint die Abgeordnete. Sie hofft, dass seitens des Brentana Wohnbau Fonds wirtschaftliche Interessen im Falle des Klosters Weißenohe hinten angestellt werden und ein Verkauf an die NPD rigoros abgelehnt wird. „Rechtsextremismus verschwindet nicht von selbst. Die Demokratie muss sich wehrhaft zeigen“, fordert Kramme in ihrem Schreiben.

Die Abgeordnete spricht sich erneut für ein NPD-Verbotsverfahren aus. „Wir dürfen dem Treiben der demokratiefeindlichen NPD nicht länger zusehen und müssen entschieden handeln. Ein Verbot der NPD würde hier ein deutliches Zeichen setzen. Die deutsche Bevölkerung sieht das ebenso“, erklärt Anette Kramme.

Anette Kramme: „Wir dürfen Rechtsextremen keinen Raum bieten“. Brentana soll von Mietvertrag zurücktreten

Mit einem Schreiben hat sich die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) an den Zirndorfer Brentana Wohnbau Fonds gewandt und die Firma aufgefordert, auf den mit dem rechtsextremen „Bund Frankenland e. V.“ geschlossenen Mietvertrag für das Kloster Weißenohe zurückzutreten.

„Hier dürfen wirtschaftliche Interessen keine Rolle spielen. Der Brentana Wohnbau Fonds soll ein Zeichen für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde setzen und dem braunen Sumpf eine Absage erteilen. In einem freien Land ist es schwer zu verhindern, dass Rechtsextremisten durch die Straßen ziehen und ihre menschenverachtenden Parolen verbreiten. Aber wir können ihnen den Platz für ihre Aufmärsche und Kundgebungen dafür nehmen. Dieses Schwert ist scharf und es muss eingesetzt werden“, fordert Anette Kramme. „Wir dürfen den Rechtsextremen keinen Freiraum geben und werden unser Zeichen für Demokratie und Freiheit setzen. Die Gräfenberger und Weißenoher Bürgerschaft wird durch geschlossenes Vorgehen zeigen, dass in ihrer Mitte kein Millimeter Platz für rechtsextreme Gesinnung ist“, erklärt dazu der Weißenoher SPD-Ortsvereinsvorsitzende Reinhard Schuhmann.

PRESSEMITTEILUNGEN

**Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion diskutiert mit
Diakonischem Werk über neues Kinderfördergesetz**

Die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme und Marlene Rupprecht, Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, trafen mit Vertretern des Diakonischen Werks Bayreuth zusammen, um über Kinder- und Jugendbetreuung und das neue Kinderfördergesetz zu sprechen.

„Mit 20 Kinderbetreuungseinrichtungen zählt das Diakonische Werk zu den größeren Anbietern“, erläuterte Alexandra Röthlingshöfer, Abteilungsleiterin für Kinder und Jugend. „Mit dem neuen Kinderfördergesetz wird der Ausbau von Kinderbetreuung weiter vorangetrieben. Wir wollen bis 2013 europäisches Niveau erreichen“, so Anette Kramme.

Marlene Rupprecht gab einen kurzen Überblick, wie das Kinderfördergesetz derzeit formuliert ist, mahnte aber auch, dass Teile dieses neuen Gesetzes vielfältige Probleme beinhalten. „Die Zulassung privater Anbieter in der Kinderbetreuung und die neuen Regelungen für die Großpflege sind für mich so nicht hinnehmbar. Ich kann die Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen nur auffordern, ihre Stimme gegen diese Punkte zu erheben.“

Der Geschäftsführer der Diakonie, Uwe Manert, konnte ihr nur Recht geben. „Wir als anerkannter Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen tun alles dafür, dass unsere Häuser und Einrichtungen so kindgerecht wie möglich sind und den Normen entsprechen.“ Bei der Großpflege, also der Pflege von Kindern in Gruppen durch Tagesmütter, müssten manche Normen eben nicht eingehalten werden, erklärte Rupprecht.

Mit vier Milliarden Euro sei das neue Kinderfördergesetz finanziell gut ausgestattet. Sowohl Investitions- als auch Betriebskosten können damit gefördert werden. „Dies ist der erste Schritt, um die Betreuung von unter dreijährigen langfristig zu sichern und unseren angestrebten Versorgungsgrad zu erreichen“, so Rupprecht.

**Betreuung der unter 3-Jährigen in der Stadt Bayreuth mit guter Quote. Landkreis
hat Aufholbedarf.**

Wie die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme mitteilt, weist die Stadt Bayreuth mit 16,7 Prozent einen guten Wert bei der Betreuung unter 3-Jähriger in Bayern auf. Der Landkreis Bayreuth hinkt mit einer Betreuungsquote von 9,9 Prozent derzeit noch hinterher. Dies geht aus der kürzlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Studie „Kindertagesbetreuung regional 2007“ hervor.

„Für den Anfang kann man mit der Quote in der Stadt Bayreuth zufrieden sein. Blickt man jedoch nur ein kurzes Stück weiter nach Coburg, dann sieht man, wohin der Weg führen muss“, so die Abgeordnete. Die Stadt Coburg weist mit 24,2 Prozent den zweithöchsten Wert aller westdeutscher Bundesländer auf und wird nur von Heidelberg übertroffen. „Im Landkreis muss noch einiges passieren“, so Krammes Fazit.

PRESSEMITTEILUNGEN**Flexible Lösungen für ältere Arbeitnehmer**

Zufrieden mit dem Beschluss des SPD-Präsidiums zu flexiblen Übergängen in den Ruhestand zeigt sich die SPD-Bundestagsabgeordnete und oberfränkische SPD-Bezirksvorsitzende Anette Kramme. „Wir brauchen konkrete Möglichkeiten für die Beschäftigten, den Berufsausstieg selbst zu bestimmen, besonders für diejenigen, die viele Jahre unter harten und besonders belastenden Bedingungen gearbeitet haben“, erklärt MdB Kramme. Flexible Lösungen seien daher notwendig.

Die SPD sieht in ihrem Konzept die Verlängerung der durch die Bundesagentur für Arbeit geförderten Altersteilzeit bis 2015 vor. „Um dem Argument der Frühverrentung zu begegnen, ist jedoch vorgesehen, dass die Förderung nur erfolgt, wenn ein Unternehmen frei werdende Stellen mit Ausbildungsabsolventen besetzt“, argumentiert MdB Kramme. Für alle Neuansprüche auf Altersteilzeit soll ab dem Jahr 2010 der frühestmögliche Zugang erst mit dem vollendeten 57. Lebensjahr möglich sein. In dem Beschluss spricht sich das SPD-Präsidium ferner dafür aus, dass Arbeitnehmer unter bestimmten Bedingungen bereits ab dem 60. Lebensjahr statt wie bisher ab 63 Jahren eine Teilrente beziehen können, wenn durch den Teilrentenbezug später keine Abhängigkeit von der Grundsicherung im Alter verursacht wird. Die Arbeitgeber sollen dem Konzept nach die Rentenabschläge ausgleichen.

Zudem sollen Arbeitszeitkonten stärker für einen flexiblen Übergang in die Altersrente genutzt und besser vor einer möglichen Insolvenz des Arbeitgebers geschützt werden. „Obwohl Langzeitkonten nicht vorrangig ein Instrument des flexiblen Übergangs in die Altersrente sind, lassen sie sich hierzu sehr gut nutzen. Bei entsprechender vertraglicher Gestaltung ermöglichen sie der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer eine Freistellung vor dem Renteneintritt. In der Freistellung beziehen sie Arbeitsentgelt aus dem Wertguthaben. Aus dem Arbeitsentgelt fließen Beiträge an die Sozialkassen, so dass Sozialversicherungsschutz sichergestellt ist“, erklärt Anette Kramme. „Flankierend zur Rente mit 67 brauchen wir Maßnahmen, um Härten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszuschließen“, so Anette Kramme zusammenfassend.

PRESSEMITTEILUNGEN**Anette Kramme unterstützt Milchlieferboykott der Landwirte**

Ihre Solidarität mit den Milchbauern in Oberfranken hat die SPD-Bezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Anette Kramme aus Bayreuth bekundet: „Unsere Landwirte brauchen einen fairen Milchpreis und verbindliche Rahmenbedingungen, um auch weiterhin maßgeblichen Anteil an einer erfolgreichen Zukunft unserer Region zu haben“, so die Abgeordnete.

Der aktuelle Boykott käme genau zur richtigen Zeit. „Die Bauern haben meine vollste Unterstützung. Es kann nicht sein, dass Lebensmitteldiscounter massiven Preisdruck auf die Molkereien ausüben, die diesen dann an die hart arbeitenden Landwirte weitergeben müssen und sie so in die Knie zwingen“. Die Milchproduktion sei immer noch mit die Wichtigste Form der Landwirtschaft, zu der es keine Alternative gebe. „Die Landwirte brauchen neben angemessenen Milchpreisen auch verbindliche Zusagen, um den bäuerlichen Milchviehbetrieben auch weiterhin eine gesicherte Zukunft zu garantieren“, fordert Kramme. Nur mit einem anhaltenden Boykott könne Druck sowohl auf die EU als auch auf den Handel ausgeübt werden. „Zudem rufe ich die Verbraucherinnen und Verbraucher auf, durch ihr Kaufverhalten die Bemühungen der heimischen Landwirtschaft zu unterstützen“, erklärt Anette Kramme.

PRESSEMITTEILUNGEN**Ausbildungsbonus schafft Chancen in unserer Region**

Chancetag im Bundestag: Der Ausbildungsbonus wurde mit der Stimme der Bayreuther SPD-MdB Anette Kramme verabschiedet. Er soll benachteiligten Jugendlichen neue Chancen geben, indem bis 2010 bundesweit 100.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze gefördert werden sollen.

„Allein im Arbeitsagenturbezirk Bayreuth sind derzeit 422 Jugendliche auf Ausbildungsplatzsuche, die 2007 oder früher mit oder ohne Hauptschulabschluss die Schule verlassen haben“, erklärt Anette Kramme. Ab Herbst 2008 sollen deshalb Arbeitgeber, die zusätzliche Stellen für förderbedürftige Altbewerber schaffen, einem Bonus zwischen 4.000 und 6.000 Euro erhalten.

Einen Anspruch auf Förderung sollen Altbewerber haben, die maximal einen Hauptschulabschluss haben oder lernbeeinträchtigt oder sozial benachteiligt sind. Darüber hinaus soll der Bonus als Ermessensleistung bezahlt werden, wenn ein Bewerber bereits mehr als zwei Jahre vergeblich gesucht oder einen mittleren Schulabschluss hat oder seine Ausbildung aufgrund einer Firmeninsolvenz nicht beenden konnte. In diesen Fällen können die Agenturen die Förderbedürftigkeit im Einzelfall prüfen. Die finanzielle Unterstützung ist bis Ende 2010 befristet. Es sei mit Mehrausgaben in Höhe von 450 Mio. Euro im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu rechnen.

Mit dem Ausbildungsbonus für Altbewerber setzt die Regierung ein Kernversprechen sozialdemokratischer Politik um: Aufstieg durch Bildung und Ausbildung. Der Bonus ist Teil eines SPD-Gesamtkonzeptes für bessere Chancen junger Menschen. Auch bei der anstehenden Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente soll die Kultur der zweiten Chance verankert werden. Jeder soll das Recht haben, einen Hauptschulabschluss nachzuholen. Nur so gilt: Aufstieg durch Bildung!

Kurorte durch Gesundheitsreform gestärkt

Die Ausgabenentwicklung der Krankenkassen dokumentiert die gesundheitspolitische Aufwertung von Präventions- und Rehabilitationsleistungen. Nach jahrelangem Rückgang der Ausgaben für Vorsorge und Rehabilitation gab es im vergangenen Jahr laut Bundesgesundheitsministerium erstmals wieder eine Steigerung von 3,5 Prozent. „Das ist eine gute Nachricht sowohl für die Betroffenen als auch für unsere oberfränkischen Kurorte“, so die oberfränkische SPD-Bezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Anette Kramme.

Hintergrund für die politisch gewollte Ausgabensteigerung ist laut Kramme, dass neben den Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen für Mütter und Väter (Mutter-Vater-Kind-Kuren) alle Reha-Leistungen von Ermessens- in Pflichtleistungen umgewandelt wurden und dadurch von den Kassen bei entsprechenden medizinischen Voraussetzungen genehmigt werden müssen. Allein bei den Mutter-Vater-Kind-Kuren gab es dadurch deutliche Zuwächse. „2007 nahmen z.B. mehr als 43.000 Mütter und 63.000 Kinder an einer Kurmaßnahme des Müttergenesungswerkes teil. Dies sind rund 23 Prozent mehr als noch 2006“, so Anette Kramme. „Ich freue mich als oberfränkische Abgeordnete natürlich auch darüber, dass wir in unserer Region mit vielen Kurorten von dieser Entwicklung profitieren können.“

PRESSEMITTEILUNGEN**Neues Aktionsprogramm im Kampf gegen Schwarzarbeit**

Zu dem vom Kabinett beschlossenen Aktionsprogramm der Bundesregierung für Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt erklärt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Anette Kramme, MdB:

„Mit dem Aktionsprogramm wird der erfolgreiche Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung intensiv fortgeführt. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen sollen die Prüfungen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit erleichtern und damit Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung weiter zurückführen.

Illegale Praktiken bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern sind auch in Oberfranken keine Einzelfälle. Im Bereich des Hauptzollamts Schweinfurt, der die Bezirke Unter- und Oberfranken mit Ausnahme der Landkreise Hof und Wunsiedel umfasst, wurden im Jahr 2007 1509 Arbeitgeber kontrolliert und im Zuge dessen 6154 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die aufgedeckte Schadenssumme betrug 12,1 Mio. Euro. Straf- und Bußgelder in Höhe von 2 Mio. Euro sowie Freiheitsstrafen im Gesamtumfang von 30 Jahren wurden verhängt. Dies gibt aber noch lange nicht das tatsächliche Ausmaß der Schwarzarbeit wieder. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher.

Anette Kramme: SPD-Fraktion lässt bei flächendeckender Versorgung mit Breitband-Internet nicht locker

Bei einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion diskutierten rund 200 Kommunalpolitiker und Branchenvertreter über die Verbesserung des Zugangs zu breitbandigem Internet in ländlichen Gebieten. „Während in den Zentren unter dem Stickwort VDSL schon das Superbreitband ausgerollt wird, verfügen rund 2000 Gemeinden in Deutschland über keinen oder nur über einen teilweise funktionierenden Breitbandanschluss. Davon sind immerhin rund zehn Prozent der Bevölkerung betroffen. Wir fordern daher, diese ‚Digitale Lücke‘ umgehend zu schließen“, erklärte dazu die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme.

Die SPD-Bundestagsfraktion konnte den interessierten Teilnehmern auch Positives berichten. „Der Deutsche Bundestag beschloss am 10. April, diese Unterversorgung in ländlichen Gebieten aufzuheben und hat die Bundesregierung aufgefordert, Maßnahmen wie die Einrichtung einer Task-Force sowie öffentliche Fördermittel und finanzielle Hilfen zu ergreifen“, so Kramme weiter.

Außerdem macht sich die SPD-Fraktion dafür stark, dass die EU-Universaldienstrichtlinie geändert wird. „Dann nämlich dürfen die Mitgliedsstaaten gesetzliche Maßnahmen ergreifen, Breitbandanschlüsse für jedermann verpflichtend einzurichten. Der Bund könnte dann seine Aufgabe umsetzen, eine flächendeckende Grundversorgung zu gewährleisten“, erklärt die Abgeordnete. Hier gibt es aber erhebliche Widerstände von Seiten der Union und der FDP, die ausschließlich auf die Freiwilligkeit der Anbieter setzen. „Dabei wäre es im Hinblick auf das Grundgesetz schon jetzt geboten, eine Breitbandverpflichtung festzuschreiben. Jeder in Deutschland, egal wo er wohnt, hat ein Recht auf eine schnelle Datenverbindung, wir werden nicht locker lassen, das durchzusetzen“, so Anette Kramme.

PRESSEMITTEILUNGEN**Anette Kramme: Huber treibt ein falsches Spiel bei Pendlerpauschale**

„Die derzeitige Diskussion über die Ausgestaltung der Pendlerpauschale ist grotesk. Der Totengräber CSU, getrieben von miserablen Umfragewerten, spielt sich jetzt als Retter auf“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme.

Es war die CSU, die 2005 mit der Kürzung der Pauschale in den Wahlkampf gezogen ist. Es war die CSU, die bei den Koalitionsverhandlungen auf die Kürzung bestanden hat. Es war die Spitze der Union, die ihre Fachpolitiker bei den Verhandlungen eines SPD-Vorschlages zum Erhalt der Pendlerpauschale zurückgepfiffen hat. Es war dann die CSU-Landesgruppe, die finanzierbare Vorschläge der bayerischen SPD-Landesgruppe blockiert hat. Und es war schließlich Erwin Huber, der im November 2007 im Koalitionsausschuss erneute Korrekturvorschläge der SPD durch sein Veto beerdigt hat, so Kramme weiter.

Huber treibe ein falsches Spiel, wenn er jetzt die alte Pendlerpauschale zurückfordere. Er sage kein Wort über eine seriöse Finanzierung – dazu sei er offensichtlich unfähig, siehe die jüngsten Finanzdesaster in Bayern.

„Es ist die altbekannte, durchschaubare CSU-Strategie: Erst in Berlin eiskalt kürzen, dann in Bayern großspurig zurückfordern. Das ist blanker Populismus, der den bayerischen Pendlern keinen Cent mehr in die Tasche bringt“, erklärt die Abgeordnete.

PRESSEMITTEILUNGEN**Soziale Stadt: 300.000 Euro für Bayreuth in 2007**

Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ flossen auch 2007 wieder Gelder nach Bayreuth. Dies erfuhr die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme. Insgesamt 300.000 Euro stellte der Bund für die Stadtteile Insel und St. Georgen im letzten Jahr zur Verfügung. Gefördert wird damit das Modellvorhaben „Schokofabrik“.

Von 1999 bis 2007 wurden in Bayern insgesamt 80 Maßnahmen in 60 Gemeinden in das Bund-Länder-Programm aufgenommen. Der Gesamtumfang der Bundesfinanzhilfen im Zeitraum zwischen 1999 und 2007 für Bayern betrug rund 92 Mio. Euro. Bayreuth profitierte allein in den vergangenen beiden Jahren von rund 1,4 Mio. Euro Fördergeldern durch den Bund.

Anette Kramme hält das Programm „Soziale Stadt“, das 1999 ins Leben gerufen wurde, nach wie vor für richtig. „Zukunftsfähige Stadtpolitik muss die Sorgen der Menschen um soziale Sicherheit, den Arbeitsplatz und die Bildung der Kinder berücksichtigen“, so MdB Kramme. In den Fördergebieten der Sozialen Stadt gehe es nicht nur um die Sanierung und Herrichtung von Gebäuden, sondern auch um das Umfeld. Stichworte seien z.B.: mehr Grün und Spielplätze im Wohnumfeld, bessere Infrastrukturen, Freizeittreffs für Kinder und Jugendliche.

PRESSEMITTEILUNGEN

Soziale Stadt: Mit BIWAQ Beschäftigung in Bamberg und Forchheim fördern

Im April startet das neue Bundesprogramm „Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ als arbeitsmarktpolitische Ergänzung zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Nach Auskunft der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (SPD) ziele das neue Programm auf Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung sowie zur Stärkung der lokalen Ökonomie in den Programmgebieten der Sozialen Stadt.

Kramme: „In unsrer Region sind in Forchheim mit „Forchheim Nord“ und in Bamberg „beiderseits der Bahnlinie“ entsprechende Quartiere ausgewiesen, die nun eine Chance auf eine zusätzliche Förderung bekommen. BIWAQ setzt fort, was wir im letzten Jahr mit dem Programm ‚Bildung, Beschäftigung, Teilhabe vor Ort‘ begonnen haben. Erstmals ist es uns damit gelungen, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sozialraumorientiert einzusetzen.“

BIWAQ ist auf einen längeren Zeitraum mit zwei geplanten Förderperioden von bis zu vier Jahren angelegt. Bis 2015 kofinanziert der Bund das Programm deutschlandweit mit 60 Millionen Euro. Hinzu kommen 104 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds. Der Aufruf zur Interessenbekundung und die Förderrichtlinie werden voraussichtlich im April 2008 unter www.biwaq.de und im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Antragsberechtigt sind nicht nur Städte und Gemeinden, sondern auch alle anderen juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts, rechtsfähige Personengesellschaften, Schulen, Bildungsträger und Verbände. Wie im Vorgängerprogramm werden die Fördermittel vom Bund in einem Wettbewerbsverfahren vergeben. Mit ersten Bewilligungen ist ab September zu rechnen.

„Wir wissen, dass in sozialen Brennpunkten bauliche Maßnahmen an Gebäuden, Wohnumfeld und Infrastruktur alleine nicht ausreichen. Wir brauchen zusätzlich sozial-integrative Maßnahmen, die Qualifikation fördern und Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.“

PRESSEMITTEILUNGEN

MdB Kramme: Besserer Schutz von Praktikanten nötig

Die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme sieht nach wie vor großen Handlungsbedarf, um Praktikantinnen und Praktikanten besser vor Ausbeutung zu schützen. „Immer wieder wird mir von Fällen berichtet, in denen Praktikanten vollwertige Arbeitnehmer sind und dafür keinen Cent oder nur einen Hungerlohn erhalten“, argumentiert Anette Kramme. „Unlängst gab das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg einer Praktikantin Recht, die für einen Stundenlohn von 2,46 Euro brutto sechs Monate wie eine vollwertige Arbeitnehmerin schuftete. Ausbeutung durch „Wucherlohn“ entschied das Gericht“, führt Kramme als Beispiel an.

Eine aktuelle Studie, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegeben wurde, bestätigt, dass jeder Fünfte der heute 18- bis 34-Jährigen mindestens ein Praktikantenverhältnis o.ä. nach Abschluss der beruflichen Ausbildung absolviert hat. Mehr als 80% der freiwilligen Praktikanten werden in mindestens der Hälfte der Arbeitszeit wie normale Arbeitskräfte eingesetzt. Die Hälfte, konkret 51% aller Berufseinstiegsverhältnisse, erhalten keine Bezahlung oder nur ein geringes Entgelt und dies, ohne eine Aussicht auf eine reguläre Anstellung.

Die rechtlichen Möglichkeiten seien zwar heute schon vorhanden, allerdings würden nur sehr wenige Praktikanten gegen Ausbeutung juristisch vorgehen. „Viele scheuen diesen Weg – entweder weil sie hoffen, doch noch in eine feste Stelle zu rutschen, oder aus Angst davor, mit einem abgebrochenen Praktikum für weitere Arbeitgeber uninteressant zu werden.“

Die SPD-Bundestagsfraktion will gegen den Missbrauch von Praktika vorgehen. „Dabei geht es um eine arbeitsrechtliche Stärkung von Praktika“, erklärt MdB Kramme. „Wir wollen Rechtsklarheit schaffen und das Praktikum klarer als solches definieren.“ Die Forderungen an den Gesetzgeber hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem Positionspapier, an dem die Bayreuther Abgeordnete maßgeblich mitgearbeitet hat, aufgestellt.

Grundlegend sei eine Vertragsniederschrift, die Praktikanten und Unternehmen verdeutlicht, dass es sich bei einem Praktikum um ein Lernverhältnis handelt. Wenn Praktikanten als Arbeitnehmer eingesetzt werden, müsse der jetzt schon bestehende Anspruch auf angemessene Vergütung einfacher durchzusetzen sein. „Gesetzliche Regelungen müssen einfach klarer gefasst werden und auch für Berufseinsteiger gelten. Schlechte Bezahlung oder gar unbezahlte Praktika müssen der Vergangenheit angehören“, so Anette Kramme. Weiterhin soll Praktikanten, die als normale Arbeitskräfte eingesetzt werden, die Durchsetzung ihres Vergütungsanspruchs erleichtert werden. Angesichts der verbreiteten Form des unbezahlten Praktikums, die ein Arbeitsverhältnis vermuten lassen, müsse es im Streitfall ausreichen, wenn der Betroffene Tatsachen vorträgt.

PRESSEMITTEILUNGEN

Sonderprogramm: Bund fördert Denkmalschutz

Mit einem Sonderprogramm in Höhe von 40 Millionen Euro fördert der Bund Maßnahmen zum Schutz von Denkmälern. Darauf weist die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) in einer Pressemitteilung hin. „Da Denkmalschutz eigentlich Sache der Länder ist, konzentriert sich die Förderung des Bundes auf dringend anstehende Arbeiten zur Substanzsicherung und Restaurierung an akut gefährdeten Bauten. Diese müssen bereits rechtskräftig unter Denkmalschutz stehen“, erklärt Anette Kramme. Ausgestattet wird das Programm des Bundes mit 40 Mio. Euro, die flächendeckend in ganz Deutschland einsetzbar sind.

Das Sonderprogramm unterstützt einmalige Investitionen an Baudenkmalern jeglicher Größe, laufende oder bereits beendete Maßnahmen können jedoch nicht mit Bundesmitteln gefördert werden. Die Bundesbeteiligung beträgt pro Maßnahme maximal 50 Prozent, in begründeten Einzelfällen auch mehr. Träger der Baudenkmalern können kommunale Gebietskörperschaften, kirchliche Einrichtungen, Stiftungen oder private, juristische oder natürliche Personen sein. Die Beantragung der Fördermittel aus dem Bundeshaushalt erfolgt über das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Die diesjährige Frist für das Antragsverfahren ist der 1. August 2008.

„Gerade kleinere, aber auch größere Baudenkmalern sind in ihrem Bestand häufig dadurch gefährdet, dass oftmals nur geringe Summen vom Land oder den Kommunen nicht aufgebracht werden können. Um auch diese Bauten, die zu unserem nationalen kulturellen Erbe zählen, zu erhalten, engagiert sich der Bund“, erläutert MdB Kramme. Positive Nebeneffekte des Denkmalschutzes seien die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erhalt von handwerklicher Tradition, so Kramme abschließend.

Mit Fördermitteln gegen gewerblichen Leerstand und Brachen

Die Bundesregierung unterstützt Städte und Gemeinden bei der Wiederbelebung leer stehender Gebäude oder Brachen in Zentrumslage. Wie die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme mitteilt, wurde dafür das Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ aufgelegt. „Ziel ist es, vor Ort neue Standorte für Wirtschaft, Kultur und Wohnen zu schaffen. Der Charakter von Innenstädten und Ortszentren als Versorgungszentren soll gestärkt, die Grund- und Nahversorgung aufgewertet und sichergestellt werden“, so die Abgeordnete. Dem Trend der Versorgungsverlagerung auf die „grüne Wiese“ könne laut Kramme so entgegnet werden.

Die Finanzhilfen des Bundes werden gewährt für Investitionen zur Wiedernutzung von Grundstücken, fehl- oder minder genutzten Gebäuden oder Brachen einschließlich vertretbarer Zwischennutzung, wie es in der Programmbeschreibung des Bundesbauministeriums heißt. Aber auch Investitionen in Straßen, Wege und Plätze, in die Instandsetzung und Modernisierung von das Stadtbild prägenden Gebäuden oder Maßnahmen zum Citymanagement können gefördert werden.

Dafür stellt der Bund im Jahr 2008 den bayerischen Kommunen 5,5 Millionen Euro zur Verfügung. Die Laufzeit des Programms beträgt acht Jahre. Die Kosten werden von Bund, Ländern und Gemeinden zu gleichen Teilen getragen. Zur stärkeren Beteiligung und Mitwirkung von Betroffenen können die Gemeinden auch so genannte Verfügungsfonds einrichten, die zur Hälfte aus Mitteln der Städtebauförderung gespeist werden. Förderanträge können bei den für die Städtebauförderung zuständigen Behörden des Freistaates Bayern gestellt werden.

TERMINE

Montag, 11. August 2008

- Pressegespräch mit MdB Florian Pronold
12.45 Uhr - Ratsstube, Pegnitz
- Besuch der IHK Bayreuth mit MdB Florian Pronold
14.30 Uhr – IHK

Donnerstag, 21. August 2008

- Besuch bei MdB Armin Frank in Villingen Schwenningen
- Veranstaltung MdL Dr. Christoph Rabenstein zum Thema „Mindestlohn“ mit Jürgen Jakob
Ort und Zeit wird noch bekannt gegeben

Freitag, 05. September 2008

- Besuch bei MdL Reinhold Strobel in Amberg
- Unterbezirksvorstandssitzung
19.30 Uhr – Gasthaus Großmann, Mistelbach

Dienstag, 09. September 2008

- Ver.di-Podiumsdiskussion zur Krankenhausfinanzierung
19 Uhr – Gaststätte Schormühle, Thurnau

Donnerstag, 11. September 2008

- Referat zur Leiharbeit beim Erfurter Forum Arbeits- und Sozialrecht

Montag, 15. September.2008 bis Freitag, 19. September 2008

- Sitzungswoche in Berlin

Donnerstag, 18. September 2008

- Public Viewing Rededuell Franz Maget und Günter Beckstein
Ort wird noch bekannt gegeben

TERMINE

Mittwoch, 01. Oktober 2008

- Besuch des Secondhand-Kaufhauses des Deutschen Erwachsenenbildungswerks

Samstag, 04. Oktober 2008

- Bayerischer Poliotag
Reha-Zentrum, Bayreuth

Montag, 06. Oktober 2008 bis Freitag, 10. Oktober 2008

- Ausschusswoche in Berlin

Samstag, 11.10.2008

- Bundeswahlkreiskonferenz (Nominierung für den Deutschen Bundestag)
Ort und Zeit wird noch bekannt gegeben

IMPRESSUM

Herausgeberin und V.i.S.d.P.:

Anette Kramme, MdB

Anschrift:

Bahnhofstraße 1
95444 Bayreuth

Tel.: 09 21 – 8 70 11 11

Fax: 09 21 – 8 70 12 54

info@anette-kramme.de

Redaktion:

Oliver Winkelmaier